Einwanderungsprobleme, wo man hinschaut : Überfremdungsgefahr!

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 41

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-617519

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Genf» gemessen am präsidialen Anforderungsprofil:

Bitte selber bilanzieren

Nach drei Wochen in Genf müsse man sagen können «Wir haben besser gearbeitet als in Bern», nahm Bundespräsident Adolf Ogi zu Beginn der Herbstsession die Parlamentarier in die Pflicht. Doch nicht genug damit: «Il faut que le peuple le constate.» Mit «le» ist auch hier die bessere Arbeit genannt. Mit diesen Worten unterstellt Ogi, dass sich National- und Ständerat überhaupt noch steigern können, was für sich schon und an jedem Ort der Erde schier übermenschliche Anstrengungen erfordert. Aber die Latte musste ganz einfach sehr hoch angesetzt werden. Schliesslich galt es, nicht nur den Ausflug in die Calvinstadt und die damit zusammenhängenden Kosten zu rechtfertigen. Nein, da waren ja auch noch die fraktionsübergreifenden Buffetbelagerungsaktionen, die Dinners und Einladungen, an denen einfach kein Weg vorbeiführte und auf die das Volk – das sah Ogi glasklar voraus – ein besonders wachsames Auge werfen würde. Mittlerweilen ist abgeräumt und verdaut, nebenbei auch die Traktandenliste abgehakt, «Genf» Geschichte. Noch liegt (glücklicherweise?) keine präsidiale Schlussbilanz vor. Das geht Ogi strenggenommen ja auch nichts an, will er es nicht mit dem Prinzip der Gewaltentrennung verderben. Das Anforderungsprofil hat er immerhin gegeben, so dass wir Zaungäste dieses dreiwöchigen Treibens selber Bilanz ziehen können.

Einwanderungsprobleme, wo man hinschaut:

Überfremdungsgefahr!

Ein Ausländeranteil von «sage und schreibe» 40 Prozent im Jahr 2040 sei einem bundesrätlichen Bevölkerungsszenario zugrunde gelegt, gibt Schweizer Demokrat und Hinterstbänkler Fritz Stalder in einer einfachen Anfrage den Inhalt einer kürzlich veröffentlichten Studie ungenau und dramatisierend wieder. Zwar ist es verdienstvoll, wenn sich ein heute 65jähriger Nationalrat ernsthaft mit Problemen auseinandersetzt, mit denen er ganz sicher nie konfrontiert wird. Trotzdem muss er vom Bundesrat sanft korrigiert werden. Bei den ominösen 40 Prozent handle es sich um eine «rein rechnerische Überlegung», heisst es in der Antwort. Stalder kann beruhigt sein, denn gegen alles, was nicht explizit im Schöpfungsplan steht, kann notfalls mit einer SD-Initiative angekämpft werden.

Kaum hat sich der Pensionär von den 40 Prozent erholt, droht schon an einer anderen Front wieder akute Überfremdungsgefahr: Eine Mehrheit findet gemäss einer Umfrage Bären derart sympathisch, dass sie gegen eine Einwanderung dieser Spezies nichts einzuwenden hätte. Besonders schlimm an diesem einwandfrei belegten Desinteresse gegenüber dem Gedeihen der nationalen Flora und Fauna ist, dass es sich hier nicht um ein rein rechnerisches Szenario handelt, sondern um eine völlig natürliche Erscheinung (ohne Schlepperorganisationen). Folglich müsste die grüne Grenze speziell bewacht werden, um dieser Überfremdungsgefahr wirksam zu begegnen.

ORLANDO EISENMANN

Der Röstigraben nach der Genfer Session